

Finanzen/Niederösterreich/NÖ Gemeindetag/Finanzausgleich/Sobotka

### **NÖ Gemeindetag im Zeichen des Finanzausgleichs**

Utl.: Sobotka: Paket wichtig für Land und Gemeinde =

St. Pölten (NLK) - Der Finanzausgleich Neu und der Österreich-Konvent standen im Mittelpunkt des NÖ Gemeindetages, der vom Verband der NÖ Gemeindevertreter der ÖVP heute Nachmittag in St. Pölten abgehalten wurde.

Univ.Prof. Dr. Karl Weber von der Universität Innsbruck beschäftigte sich mit dem Österreich-Konvent und seine Bedeutung für die Gemeinden, Prof. Dr. Gerhard Lehner beleuchtete den neuen Finanzausgleich und grundsätzliche Aspekte.

Für Landesrat Mag. Wolfgang Sobotka haben die Verhandlungen ein positives Ergebnis für Länder und Gemeinden gebracht. Der Finanzausgleich sei ein gemeinsames Paket und wäre gut für das Land, gut für die Gemeinden und wichtig für die Spitalsfinanzierung.

In den Finanzausgleichsverhandlungen seien zudem alle dringenden Forderungen Niederösterreichs durchgebracht worden. So konnten 300 Millionen Euro jährlich für die Wohnbauförderung abgesichert und weitere 150 Millionen Euro für die Finanzierung des Gesundheitssystems ausverhandelt und sichergestellt werden.

~

Rückfragehinweis:

Niederösterreichische Landesregierung  
Stabstelle Öffentlichkeitsarbeit und Pressedienst  
Tel.: 02742/9005-12172  
<http://www.noe.gv.at/nlk>

~

\*\*\* OTS-ORIGINALTEXT UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS \*\*\*

~

OTS0206 2004-11-05/15:49

~

051549 Nov 04

Gemeindebund/Finanzen/Konvent/Niederösterreich

### **NÖ Gemeindetag: Mehr Geld für Kommunen sorgt für positive Stimmung**

Utl.: Mödlhammer hofft auf zusätzliche Entlastung bei  
Spitalfinanzierung - Ö-Konvent: Forderung nach mehr Kompetenzen =

St. Pölten (APA) - Rund 200 Bürgermeister haben sich für den heutigen NÖ Gemeindetag in St. Pölten angesagt. Die allgemeine Stimmung scheint im Vorfeld eine ungewohnt positive zu sein. Denn die Kommunen dürfen sich - voraussichtlich - über mehr Geld aus dem Finanzausgleich freuen. Auch die Forderung nach mehr Kompetenzen im Österreich-Konvent scheint keineswegs unrealistisch.

"Die Gemeinden sind ab nun mit einem fixen Schlüssel an den gesamten Einnahmen des Bundes beteiligt. Das wird sich ab 2006/07 sehr positiv auswirken", zeigte sich Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer im APA-Gespräch äußerst zuversichtlich. Für die NÖ Gemeinden bedeutet dies: 23 Prozent der Finanzmasse - etwa 100 Mio. Euro - stünden zur Verfügung. Mödlhammer zur Verteilung: "Alle Kommunen werden gleich behandelt."

Worauf der Präsident zusätzlich seine Hoffnungen stützt, ist eine mögliche Entlastung der Gemeinden bei der Spitalfinanzierung. Dabei geht es um immerhin 75 Mio. Euro. Und das würde bedeuten: Zusätzlich zu den 15,4 Euro, die künftig jede Kommune pro Jahr für einen Einwohner erhält, kämen noch rund zehn Euro hinzu.

"Heftig gerungen" wird laut Mödlhammer noch bei der Frage um die Kompetenzverteilung im Österreich-Konvent. Hier erwarten sich die Gemeinden mehr Eigenbestimmung. "Wir sind bei der Verfassung schon ein schönes Stück weiter. Ich rechne noch heuer mit einer reformierten, also schlankeren Verfassung. Für die Gemeinden wäre es sehr wichtig, dass deren Kompetenzen in der Bundesverfassung festgelegt sind."

(Schluss) trö/dru

APA0177 2004-11-05/10:52

051052 Nov 04

---

APA0463 5 II 0256 CI

Fr, 17.Sep 2004

*Finanzausgleich/Asyl/Sicherheit/Gemeindebund/Oberösterreich*

**Gemeindetag: Resolution zu Finanzausgleich, Sicherheit und Asyl**

Utl.: Konvent soll kleine Gemeinden stärken =

Linz (APA) - Die Delegierten des Österreichischen Gemeindetages am Freitag im Linzer Design Center verabschiedeten eine Resolution unter anderem zu den Themen Finanzausgleich, Sicherheit und Asylpolitik.

In der Resolution wird durch den für die kommenden Jahre auszuverhandelnden Finanzausgleich eine nachhaltige Verbesserung für die Gemeinden gefordert. Deren Anteil an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben müsse wieder auf den Stand vor dem Jahr 2000 angehoben werden. Weiters müsse unter anderem Rücksicht auf finanzschwache Gemeinden genommen werden und der Bund müsse seine Verantwortung im Bereich der Krankenanstaltenfinanzierung wieder voll übernehmen.

An den Konvent richten die Gemeinden die Forderung, dafür zu sorgen, dass vor allem die kleinen ländlichen Gemeinden durch klare Rahmenbedingungen in der Bundes- und Finanzverfassung gestärkt werden.

In der Resolution verweisen die Gemeindevertreter Österreichs mit Besorgnis auf die steigende Kriminalität. Sie erwarten im Interesse der Sicherheit der Bevölkerung, dass die angekündigte Aufstockung von Dienstposten bei der Exekutive umgehend in Angriff genommen werde und für akut auftretende Sicherheitsmängel müssten entsprechende Sofortmaßnahmen getroffen werden.

Österreichs Gemeinden würden sich auch zu einer menschlichen Asylpolitik im Sinne der europäischen Richtlinien und Vereinbarungen und betonen, sie hätten ihren Anteil an der Lösung dieses Problems stets geleistet. Sie hielten jedoch fest, dass die verfassungsmäßige Verantwortung für die Asylpolitik beim Bund und den Ländern liege und forderten deren Solidarität ein.

In Richtung Europa verwehren sich die Gemeindevertreter in ihrer Resolution gegen eine drohende Verminderung ihrer Sitze im Ausschuss der Regionen (AdR). Sie verweisen auf das im Österreich-Konvent oft zitierte Prinzip der Parität der Gebietskörperschaften und das massive Übergewicht, das den Bundesländern gegenüber den Gemeinden zukomme.

(Schluss) zie

APA0463 2004-09-17/14:18

171418 Sep 04

---

Finanzausgleich/Gemeindegemeinschaft/Oberösterreich

### Österreichischer Gemeindetag: Diskussion um Finanzausgleich BILD

Utl.: Gemeindegemeinschaft kämpft um "bescheidene 450 Mio. Euro - Finz kündigt Wegfall der untersten Gemeindegemeinschaft-Größenkategorie an - LH Pühringer: zuerst Gerechtigkeit bei Finanzmassen =

Linz (APA) - Der Österreichische Gemeindetag am Freitag in Linz stand ganz im Zeichen der derzeit laufenden Finanzausgleichsverhandlungen. Gemeindegemeinschaftspräsident Helmut Mödlhammer (V), der oberösterreichische Landeshauptmann Josef Pühringer (V) und der Wiener Bürgermeister Michael Häupl (S) als Städtebundpräsident führten mit Finanzstaatssekretär Alfred Finz (V), der in Vertretung von Finanzminister Karl-Heinz Grasser gekommen war, eine Diskussion über den Finanzausgleich.

Vor der Diskussion richtete Bundespräsident Heinz Fischer Grußworte an die rund 1.500 Teilnehmer des Gemeindetages im Design Center. Er hob die Bedeutung der Gemeinden in Staat und Gesellschaft hervor. Zur aktuellen Diskussion stellte er fest: Wenn der Österreichische Gemeindegemeinschaft und der Österreichische Städtebund für eine wirklich partnerschaftliche Finanzverfassung und einen eben solchen Finanzausgleich eintreten, verdiene dies die volle Unterstützung.

Gemeindegemeinschaftspräsident Mödlhammer hielt in der Einleitung zur Diskussion fest, die finanzielle Lage der Gemeinden sei bereits sehr ernst. Die Anforderungen und damit die Kosten würden rasant steigen, gleichzeitig sei der Anteil an der Finanzmasse seit 1995, dem Jahr des EU-Beitritts, um 1,8 Prozentpunkte gesunken. Der Bund habe sich seit 2000 zu Lasten von Gemeinden und Ländern einen größeren Anteil am gemeinsamen "Steuerkuchen" gesichert. Dies müsse nun wieder ausgeglichen werden. "Wir kämpfen um bescheidene 450 Mio. Euro", stellte Mödlhammer fest.

Staatssekretär Finz erklärte, er bringe als Botschaft mit: Die unterste der vier Größenkategorien - konkret 0 bis 10.000 Einwohner - beim "abgestuften Bevölkerungsschlüssel" werde zur finanziellen Stärkung kleinerer Gemeinden wegfallen. Bei diesem System werden aus dem gesamtstaatlichen Steuerkuchen kleineren Gemeinden weniger Steuermittel pro Kopf zugeteilt, als größeren, weil letztere meist auch überregionale Aufgaben erfüllten. Finz betonte, der Wegfall bringe bis zu 20 Prozent für die finanzschwachen Gemeinden.

Landeshauptmann Pühringer verlangte für die Finanzausgleichsverhandlungen die Einhaltung einer "Tagesordnung": Zuerst solle man über die drei Geldtöpfe des Bundes, der Länder und der Gemeinden reden und wieder eine Gerechtigkeit nach der Verschiebung der Finanzmassen herstellen. Danach sollte über weitere wichtige Fragen gesprochen werden, etwa über die horizontale Verteilung zwischen den Gemeinden sowie die Spitalsfinanzierung.

Darauf ging auch Städtebundpräsident Häupl ein. Er hielt zur Spitalsfinanzierung fest, es gebe zwar ein Effizienzpotenzial - "weil das Wort Sparen kann schon niemand mehr hören", doch beim höheren medizinisch-technischen Fortschritt und mehr älteren Menschen sei am Ende des Tages mehr Geld für diesen Bereich notwendig. Bei einer Deckelung des Bundesbeitrages sei dies nicht möglich, sonst drohe eine Zwei-Klassen-Medizin. Es sei notwendig zu diskutieren, "was sind uns die alten Menschen und die Gesundheit wert". Pühringer ergänzte, Gesundheit sei eine wichtige Aufgabe des Staates, die es zu lösen gelte. Bei einer Deckelung der Ausgaben müsste auch die Zahl der kranken Menschen gedeckelt werden und das sei "inhuman".

(Schluss) zie/lm

APA0404 2004-09-17/13:41

171341 Sep 04

## 51. Österreichischer Gemeindetag in Linz

Utl.: Bund, Länder, Gemeinden diskutieren gerechten Finanzausgleich =

Linz (OTS) - Gerechter Finanzausgleich - (k)eine Utopie?, so das Thema des 51. Österreichischen Gemeindetages in Linz, in dessen Rahmen heute Staatssekretär FINZ, Landeshauptmann Pühringer, Städtebund-Präsident Häupl sowie Gemeindebund-Präsident Mödlhammer diskutierten.

"Die Gemeinden liegen meilenweit vor Bund und Ländern, was das Vertrauen der Bevölkerung in Verwaltung sowie den Umgang mit Steuergeldern betrifft", argumentiert Mödlhammer mit dem brandaktuellen Ergebnis der Market- Studie.

"Österreichs Gemeinden und Städte lassen sich nicht auseinander dividieren", sind sich Mödlhammer und Häupl einig, denn ohne starke Gemeinden, Städte und Länder könne es keine starke Republik geben. Die demonstrative Geschlossenheit zeigte sich vor allem, als Staatssekretär Finz den Vorschlag des Bundes betonte, die unterste Ebene des abgestuften Bevölkerungsschlüssel zu streichen.

Auch Bundespräsident Dr. Heinz Fischer verweist auf die hohe und anerkannte Bedeutung der Gemeinden im Staat und die gestärkte Bedeutung in Europa: Die Gemeinden tragen die Verantwortung der Daseinsvorsorge, der Grundversorgung der älteren Mitbürger und Kinder, die Förderung von Arbeitsplätzen und haben mit 2/3 den höchsten Anteil an öffentlichen Investitionen. Mödlhammer verstärkte seine Forderungen nach einem einheitlichen Schlüssel der gemeinschaftlichen Bundesabgaben, nach mehr finanziellen Mitteln für Österreichs Gemeinden und die Wiederherstellung des finanziellen Anteils an der Finanzmasse. Häupl stieg mit: "Lasst die Kommunen ihre Aufgaben, die sie vom Bürger zugeteilt bekommen, erfüllen!" ins selbe Horn. Einig waren sich die beiden Vertreter von Gemeinden und Städten auch mit Landeshauptmann Pühringers Forderung, die Mehrabgaben der Gemeinden und Länder im FAG zu berücksichtigen, der betonte, dass die Gemeinden, nicht nur zu Bittstellern und Bittgängen degradiert werden dürfen.

Zentrales Thema der Diskussion zwischen Bund, Ländern und Gemeinden war die Spitalsfinanzierung. Mödlhammer: "So fern nichts passiert, wird sich der Abgang bis 2009 verdreifachen - die Gemeinden dürfen hier nicht alleine gelassen werden, denn die Gesundheit der Bürger ist das wichtigste Gut und die Aufgabe des Gesamtstaates."

Mödlhammer resümiert, dass mit mehr Gerechtigkeit bei der Verteilung der Finanzmasse auch in vielen Kompetenzbereichen eine gerechte und zufriedenstellende Lösung im Sinne der Bürger einfacher wäre.

~

Rückfragehinweis:

Dr. Petra Schröder  
Österreichischer Gemeindebund  
Telefon: ++43/1/512 14 80

~

\*\*\* OTS-ORIGINALTEXT UNTER AUSSCHLISSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS \*\*\*

~

OTS0192 2004-09-17/13:30

~

171330 Sep 04

---

OTS0072 5 II 0799 OGB0001

Fr, 17.Sep 2004

*Kommunales/Finanzen/Steuern/Politik*

**Auszüge der Rede des Präsidenten zum 51. Gemeindetag in Linz**

Utl.: Mödlhammer fordert Gerechtigkeit für Österreichs Gemeinden =

Wien (OTS) - Der Präsident des Österreichischen Gemeindebundes, Bgm. Helmut Mödlhammer, freut sich über den Rekordbesuch von 2000 Gästen, allen voran BP Dr. Fischer und Spitzen aus Bund, Ländern und Gemeinden, am 51. Österreichischen Gemeindetag in Linz.

Die eindrucksvolle Demonstration der tausenden kommunalen Interessensvertreter untermauerte den Appell an Finanzminister Grasser: "Die österreichischen Gemeinden und Ihre Interessenvertretung sind zwar konsequente, vor allem aber konstruktive und faire Verhandlungspartner. Wir fordern keine unbegründeten Vorrechte, sondern wir verlangen Gerechtigkeit und echte Partnerschaft!" Immerhin würden die Weichen, die im Österreich-Konvent und im Finanzausgleich gestellt werden, für viele Jahre auch die Kommunalpolitik und das Leben in den Gemeinden bestimmen.

Mödlhammer bezeichnete die laufenden Finanzausgleichsverhandlungen "als die schwierigsten seit Jahrzehnten. Weil nämlich erstmals der zu verteilende Kuchen kleiner wird. Er wird von zwei Seiten angeknabbert. Einerseits bleiben die Steuereinnahmen auf Grund der alles andere als erfreulichen Wirtschaftsentwicklung hinter den Erwartungen zurück. Andererseits reißt die Steuerreform ein erhebliches Loch [...] Wir bekennen uns im Interesse des Wirtschaftsstandortes Österreich zu steuerlichen Entlastungen, wir haben aber auch immer vor den Folgen gewarnt. Sie wären gerade für die Gemeinden verheerend, wenn nicht gegen gesteuert wird. Die erste Etappe der Steuerreform würde in den Gemeindekassen mit fast 95 Millionen Euro zu Buche schlagen, die zweite mit 333,6 Millionen. Es liegt auf der Hand, dass eine derartige Belastung nicht mehr verkraftbar ist!" Eines der Grundprobleme der Kommunen seien die wachsenden Anforderungen, steigende Kosten (vor allem in der Kinderbetreuung und in der Altenbetreuung) bei gleichzeitigem Minus des Anteils der Gemeinden an der Finanzmasse. "Der Bogen der Belastbarkeit ist in vielen Bereichen zum Zerreißen gespannt."

Mödlhammer warnt vor dem deutschen Negativbeispiel, "wo Kommunen das Service für ihre Bürger radikal einschränken müssen, in denen Bäder und Bibliotheken geschlossen und die Straßenbeleuchtung abgeschaltet wird. So weit darf es bei uns nicht kommen. Davon müssen wir in den Verhandlungen auch unsere Partner überzeugen!"

"Denn es kann nicht gerecht sein, wenn die Gemeinden trotz gestiegener Aufgaben immer wieder zu den finanziellen Verlierern zählen. Der Bund hat kräftig zugelegt, während der Anteil der Gemeinden um 1,8 Prozentpunkte geschrumpft ist. Daher fordern wir eine Anhebung des Gemeindeanteils an den Gemeinschaftlichen Bundesabgaben um ein Prozent. Das bedeutet, der Anteil würde immer noch unter jenem des Jahres 1995 liegen. Unbescheidenheit kann man uns also auch beim bösesten Willen nicht vorwerfen!" Weiters fordert Mödlhammer in seinem Referat

~

- einen einheitlichen Schlüssel für Bund, Länder und Gemeinden für alle gemeinschaftlichen Bundesabgaben,
- eine Beibehaltung der Kommunalsteuer im bisherigen Umfang!
- bei den sogenannten "Bagatellsteuern" ein Ende der Diskussion, denn von "deren Abschaffung wollen wir nichts mehr hören. Denn was für den Bund eine "Bagatelle" sein mag, das ist für die Gemeinden nach wie vor eine lebenswichtige Einnahme."
- die Abschaffung des abgestuften Bevölkerungsschlüssels
- eine Verbreiterung und Ausdehnung des Sockelbetrages als ein Schritt zu einem gerechten und bedarfsorientierten Finanzausgleich.

~

"Schließlich hat der Herr Finanzminister selbst eingeräumt, dass die kleinen Kommunen dringend Hilfe brauchen. Er hat eine Offensive für die finanzschwachen Gemeinden angekündigt. Das freut uns im Prinzip, aber der Weg, den er vorgeschlagen hat, der ist für uns nicht gangbar. Nämlich über eine zusätzliche Belastung der Länder und durch eine massive Verschiebung der Gemeindemittel. Da ist der Verdacht nicht von der Hand zu weisen, dass man versucht, die Gemeinden gegeneinander auszuspielen. Aber das funktioniert nicht. Das lehnen auch jene ab, die von einer solchen Offensive profitieren würden. Österreichs Gemeinden sind solidarisch! Und darauf bin ich stolz!

Trotz vermehrter Aufgaben, trotz der gestiegenen Anforderungen in den Bereichen Kinder- und Altenbetreuung waren die Gemeinden die einzige Gebietskörperschaft, die in der zu Ende gehenden Finanzausgleichsperiode immer die Vorgaben des Stabilitätspaktes erfüllt, ja übererfüllt hat. Sie haben nicht nur ein Null-Defizit geschafft, sondern Überschüsse erzielt: 2001 218 Millionen, 2002 211 Millionen und 2003 81 Millionen Euro. Zudem haben die Gemeinden auch im Personalbereich gespart.

"Es ist nicht mehr möglich, weiter an der Spar-Schraube zu drehen, ohne der Infrastruktur und damit der Lebensqualität unserer Bürger sowie der Wirtschaft Schaden zuzufügen. Der Wirtschaftsaufschwung, den sich die Bundesregierung nicht zuletzt auf Grund der Steuerreform erwartet, dieser Aufschwung kann und wird nicht kommen, wenn man gleichzeitig dem größten öffentlichen Investor die Luft abschnürt."

Ein großes Lob spendet Präsident Mödlhammer den Gemeinden, die die Zeichen der Zeit erkennen und auf interkommunale Zusammenarbeit setzen und dabei nicht nur Innovationsbereitschaft, sondern auch sehr viel Fingerspitzengefühl zeigen. In diesem Zusammenhang fordert Mödlhammer die notwendige Rechtssicherheit vom Konvent ein. Außerdem fordert der Gemeindebund eine gesetzliche Grundlage für Vereinbarungen von Gemeinden über eine Teilung des Kommunalsteuerertrages, um Kooperationen zu ermöglichen und zu erleichtern, die den Wirtschaftsstandort Österreich aufwerten.

Ohne starke Gemeinden kann es auch keine starken Länder und keine starke Republik Österreich geben!

Es gilt das gesprochene Wort.

Die komplette Rede lesen Sie bitte auf  
[http://www.gemeindebund.gv.at/startseite/Disposition\\_Praes\\_fin.pdf](http://www.gemeindebund.gv.at/startseite/Disposition_Praes_fin.pdf)

~

Rückfragehinweis:

Dr. Petra Schröder  
Österreichischer Gemeindebund  
Telefon: ++43/1/512 14 80

~

\*\*\* OTS-ORIGINALTEXT UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS \*\*\*

~

OTS0072 2004-09-17/10:12

~

171012 Sep 04

---

APA0565 5 II 0328

Korr APA0382/16.09 Do, 16.Sep 2004

*Asyl/Flüchtlinge/Inneres/Gemeindebund/Oberösterreich*

### **Gemeindebund-Positionen zu Asyl-, Sicherheits- und Finanzpolitik =**

Linz (APA) - In APA382 muss es im Titel richtig heißen: "Gemeindebund-POSITIONEN zu ..." (nicht: "Gemeindebund-Resolution zu ..."). Der erste Absatz muss richtig heißen: "Der Bundesvorstand des Österreichischen Gemeindebundes befasste sich am Donnerstag in Linz mit verschiedenen Themen wie der Asyl-, Sicherheits- und Finanzpolitik, die in Form einer Resolution dem Österreichischen Gemeindegtag am Freitag in Linz zur Beschlussfassung vorgelegt werden sollen." Im zweiten Absatz muss der erste Satz lauten: "DEMNACH BEKENNEN SICH DIE GEMEINDEN zu einer ..." (nicht: In der Resolution bekennen sich die Gemeinden zu ...) Damit soll klargestellt werden, dass die Resolution noch nicht beschlossen ist, sondern erst dem Gemeindegtag zur Beschlussfassung vorgelegt werden soll.

KORRIGIERTE FASSUNG

Gemeindebund-Resolution zu Asyl-, Sicherheits- und Finanzpolitik Utl.: Auftakt zu Gemeindetag am Freitag in Linz =

Linz (APA) - Der Bundesvorstand des Österreichischen Gemeindebundes befasste sich am Donnerstag in Linz mit verschiedenen Themen wie der Asyl-, Sicherheits- und Finanzpolitik, die in Form einer Resolution dem Österreichischen Gemeindetag am Freitag in Linz zur Beschlussfassung vorgelegt werden sollen.

Demnach bekennen sich die Gemeinden zu einer menschlichen Asylpolitik im Sinne der europäischen Richtlinien und Vereinbarungen und betonen, sie hätten ihren Anteil an der Lösung dieses Problems stets geleistet. Jedoch halte der Gemeindebund fest, dass die verfassungsmäßige Verantwortung für die Asylpolitik beim Bund und den Ländern liege und fordert deren Solidarität ein.

Der Bundesvorstand befasste sich weiters mit der Besorgnis erregenden, steigenden Kriminalität. Im Interesse der Sicherheit der Bevölkerung sollte die angekündigte Aufstockung von Dienstposten bei der Exekutive umgehend in Angriff genommen werden. Gemeindebundpräsident Helmut Mödlhammer forderte den Ausbau der Sicherheit vor Ort und deshalb ein Ende der Schließung von Gendarmerieposten. Für akut auftretende Sicherheitsmängel müssten entsprechende Sofortmaßnahmen getroffen werden.

Zu den laufenden Finanzausgleichsverhandlungen stellte Mödlhammer fest, der Knackpunkt sei die Lösung der Spitalsfinanzierung. Er forderte zudem mehr Gerechtigkeit bei der Verteilung der Finanzmasse, die Einführung eines einheitlichen Schlüssels bei den gemeinschaftlichen Bundesabgaben und eine Stärkung der Kommunen im ländlichen Raum. Denn die Gemeinden hätten in den letzten Jahren finanzielle Mittel verloren.

(Schluss) zie/ws/dru

APA0565 2004-09-16/16:31

161631 Sep 04

---

APA0382 5 II 0199

Do, 16.Sep 2004

*Asyl/Flüchtlinge/Inneres/Gemeindebund/Oberösterreich*

### **Gemeindebund-Resolution zu Asyl-, Sicherheits- und Finanzpolitik**

Utl.: Auftakt zu Gemeindetag am Freitag in Linz =

-----  
-- Diese Meldung wurde korrigiert --  
-- Neufassung in Meldung APA0565 vom 16.09 --  
-----

Linz (APA) - Der Bundesvorstand des Österreichischen Gemeindebundes verabschiedete am Donnerstag in Linz eine Resolution unter anderem zur Asyl-, Sicherheits- und Finanzpolitik. Sie bildete den Auftakt zum Österreichischen Gemeindetag am Freitag in Linz.

In der Resolution bekennen sich die Gemeinden zu einer menschlichen Asylpolitik im Sinne der europäischen Richtlinien und Vereinbarungen und betonen, sie hätten ihren Anteil an der Lösung dieses Problems stets geleistet. Jedoch halte der Gemeindebund fest, dass die verfassungsmäßige Verantwortung für die Asylpolitik beim Bund und den Ländern liege und fordert deren Solidarität ein.

Der Bundesvorstand befasste sich weiters mit der Besorgnis erregenden, steigenden Kriminalität. Im Interesse der Sicherheit der Bevölkerung sollte die angekündigte Aufstockung von Dienstposten bei der Exekutive umgehend in Angriff genommen werden. Gemeindebundpräsident Helmut Mödlhammer forderte den Ausbau der Sicherheit vor Ort und deshalb ein Ende der Schließung von Gendarmerieposten. Für akut auftretende Sicherheitsmängel müssten entsprechende Sofortmaßnahmen getroffen werden.

Zu den laufenden Finanzausgleichsverhandlungen stellte Mödlhammer fest, der Knackpunkt sei die Lösung der Spitalsfinanzierung. Er forderte zudem mehr Gerechtigkeit bei der Verteilung der Finanzmasse, die Einführung eines einheitlichen Schlüssels bei den gemeinschaftlichen Bundesabgaben und eine Stärkung der Kommunen im ländlichen Raum. Denn die Gemeinden hätten in den letzten Jahren finanzielle Mittel verloren.

(Schluss) ziel/jep

APA0382 2004-09-16/13:44

161344 Sep 04

---

APA0391 5 II 0161

Do, 17. Jun 2004

*SPÖ/Burgenland*

### **Herbert Marhold Geschäftsführer der SPÖ-Gemeindevertreter**

Utl.: Keine Zusammenlegung der Gemeindeverbände der Parteien, aber engere Kooperation - Gemeindetag 2005 in Oberwart =

Eisenstadt (APA) - Seit 1. Mai verfügt der Sozialdemokratische Gemeindevertreterverband Burgenland über eine permanent besetzte Geschäftsstelle. Zum Landesgeschäftsführer wurde Herbert Marhold (26) bestellt. Der junge Burgenländer hat Politikwissenschaft und Kommunikationswissenschaften an der Uni Wien studiert und war einige Jahre lang Mitarbeiter des Burgenländischen Kabelfernsehens. Marhold will die Serviceleistungen des Verbandes ausbauen.

Im Burgenland werden 93 der insgesamt 171 Gemeinden von einem SPÖ-Bürgermeister geführt, in 73 Kommunen gibt es einen ÖVP-Ortschef. An der Spitze von vier Gemeinden stehen Namenslisten-Bürgermeister, in einer Gemeinde - Deutschkreutz - ist ein Freiheitlicher Bürgermeister.

Die über viele Jahre von Landespolitikern angestrebte Zusammenführung der Gemeindevertretungen der einzelnen Parteien zu einem überparteilichen Verband ist nicht zustande gekommen. "Es wäre sinnvoll gewesen", meint der Präsident der SPÖ-Gemeindevertreter im Burgenland, Abg. Ernst Schmid. Bei den vielen Verhandlungen sei man sich aber näher gekommen. In Zukunft wolle man gemeinsame Bürgermeisterkonferenzen abhalten und auch bei der Schulungstätigkeit für Funktionäre kooperieren. Außerdem werden die Verbände den Österreichischen Gemeindetag 2005 in Oberwart gemeinsam ausrichten.  
(Schluss) sz/Im

APA0391 2004-06-17/13:47

171347 Jun 04

---

OTS0272 5 II 1227 BPK0002

Mi, 26. Mai 2004

*Innenpolitik/Klestil*

### **Rede von Bundespräsident Klestil anlässlich der Eröffnung des 54. Österreichischen Städtetages im Bregenzer Festspielhaus**

Utl.: KORRIGIERTE FASSUNG =

Wien (OTS) - Es gilt das gesprochene Wort! Sperrfrist: 16.00 Uhr!

Herr Präsident des Städtetages!

Herr Landeshauptmann, meine Damen und Herren Bürgermeister! Verehrte Festgäste!



In sechs Wochen werde ich gemäß unserer Bundesverfassung als Bundespräsident aus dem Amt scheidend und die Amtsgeschäfte meinem Nachfolger übergeben.

Nun hat sich vieles, sehr vieles in den zwölf Jahren meiner Amtszeit verändert: Österreich wurde Mitglied der Europäischen Union, unsere Nachbarn sind vollberechtigte Partner geworden.

Der Kalte Krieg gehört definitiv der Vergangenheit an - aber die Welt ist leider nicht sicherer geworden und die Globalisierung der Märkte stellt Industriestaaten wie Österreich zusätzlich vor große Probleme. Dennoch hat unser Land seine wirtschaftliche Leistungsfähigkeit steigern und den Export ausweiten können. Andererseits haben sich Strukturprobleme als hartnäckig erwiesen. Eine Reform unserer Bundesverfassung ist in Diskussion - aber konkrete Änderungen - wie sie auch der Städtetag seit vielen Jahren fordert - stehen noch aus

In all diesen Jahren habe ich elfmal die Städtetage besucht und ebenso oft die Gemeindetage. Denn es war mir immer ein Bedürfnis, vor allem vier Gesichtspunkte bewusst zu machen:

Zum einen, dass die Städte und Gemeinden tragende Elemente des Föderalismus sind - zu dem ich mich stets vehement bekannt habe;

zum zweiten, dass die Arbeit der Kommunalverwaltungen für unsere moderne Zivilisation unverzichtbar ist: Und das nicht nur im Hinblick auf das Zusammenleben - sondern auch das Überleben.

Sie - meine Damen und Herren - sind es auch, die für die Bürger am direktesten das demokratische Prinzip verkörpern - durch konkrete Überschaubarkeit, unmittelbaren Kontakt, persönliche Verantwortlichkeit. Je komplexer und abstrakter sonst die Probleme der großen politischen Einheiten sind, desto direkter erlebt der Bürger die Demokratie zu Hause - in den Gemeinden.

Weiters war es mir immer ein Bedürfnis, Ihnen - den Mandatären in den Stadt- und Gemeindeverwaltungen - "Danke" zu sagen.

Sie sind es, die sich jahrein-jahraus mit den angeblich kleinen Sorgen der Bürger "vor der Haustüre" auseinandersetzen müssen - aber dadurch sind Sie auch die wichtigste politische Instanz der Hilfe vor Ort.

Und schließlich sind die Kommunen auch die Schulen der Demokratie: Erst wenn sich Jungpolitiker in der Gemeindepolitik bewährt haben, sollten sie für die Landes- oder Bundespolitik reif sein; man würde sich so manche personalpolitische Enttäuschung ersparen!

Meine Damen und Herren!

Ich habe von den hinter uns liegenden Jahren gesprochen. Und ich meine, dass man - aus meiner Sicht - eine sehr positive Bilanz ziehen kann, was die Entwicklung unserer Städte betrifft. Denn sie sind - summa summarum - mit den anstehenden Problemen der letzten Jahre gut zurecht gekommen. Der Prozeß der Urbanisierung ist in Österreich kontrolliert weitergegangen - und die Lebensqualität unserer Städte hat sich verbessert.

Die Wohnbauleistung hat eine erhöhte Wohnqualität bewirkt; und die Infrastruktur hat sich trotz rapider Verkehrszunahme generell verbessert. Was die Entsorgung betrifft, können wir auf technologisch ausgereifte Systeme zurückgreifen, um die uns viele beneiden. Und das kommunale Schul- und Spitalswesen Österreichs gehört zu den besten der Welt, wie Untersuchungen ergeben haben - aller Selbstkritik zum Trotz.

Ich sage das nun nicht mit der Absicht, um schönzufärben; denn ich weiß sehr wohl, in welcher prekären Situation sich die Finanzen einiger unserer Städte befinden. Und ich habe auch Verständnis für die Kernanliegen, die der Städtebund an den Verfassungskonvent heranträgt: Nämlich abgesicherte Kompetenzen dafür zu erhalten, wofür man auch verantwortlich ist. Und es ist richtig: Dienstleistungen, die unsere Städte erbringen, können nicht dem freien Spiel des Marktes überlassen werden.

Daseinsvorsorge ist eine öffentliche Aufgabe - weil die zentralen Anliegen des Bürgers nicht dem Gesetz von Angebot und Nachfrage unterworfen werden sollen!

Alles das sind Probleme, die mit gutem Willen langfristig zu lösen sind; und die klein sind im Vergleich zu den Riesensorgen, die die Städte in unserer Nachbarschaft haben.

Der Kommunismus hat durch Ideologisierung und Bürokratisierung ja überwiegend völlig kaputte Strukturen hinterlassen. Und es wird noch viel Zeit und Geld nötig sein, die großartigen Stadtlandschaften an der Donau, der Moldau, der Save zu sanieren. Umso mehr freue ich mich, dass der Österreichische Städtebund seit nunmehr 15 Jahren Erfahrungen zur Verfügung stellt - nicht besserwisserisch, sondern partnerschaftlich.

Wenn ich lese, dass rund eintausend gemeinsame Projekte durchgeführt wurden und rund 3.000 Kommunal-politiker aus den Reformstaaten - sowie nicht weniger als 18.000 Experten - von den Städtebund-Angeboten Gebrauch gemacht haben, dann danke ich Ihnen im Namen der Republik - und im eigenen Namen - für diese außergewöhnliche Solidarität! Und ich bin sicher, dass Ihre Bemühungen auch bei unseren Nachbarn dankbare Anerkennung gefunden haben.

Meine Damen und Herren!

Ich habe mich persönlich in den letzten Jahren stark für eine mittel-und osteuropäische Zusammenarbeit engagiert. Und ich werde auch in wenigen Stunden zu meinem letzten Gipfeltreffen nach Rumänien aufbrechen, an dem 17 Staatspräsidenten teilnehmen. Daher bitte ich Sie auch um Ihr Verständnis, dass ich diesen Städtetag verfrüht verlassen muss.

Das neue Europa ist heute eine Friedens-, eine Schicksalsgemeinschaft von Staaten, Regionen - und Städten. Und so ist es auch von Bedeutung, dass der "Rat der Gemeinden und Regionen Europas", dessen Vorsitzender derzeit Valerie Giscard d'Estaing ist, immer mehr an Bedeutung innerhalb der EU gewinnt. Ich freue mich, dass aber dort - und weit über unsere Grenzen hinaus - die Arbeit des Österreichischen Städtebundes unter Präsident Michael Häupl besondere Würdigung erfährt. Und es sollte uns nicht erstaunen, wenn viele in Europa in der Person des Wiener Bürgermeisters einen neuen Präsidenten des "Rates der Gemeinden und Regionen" sehen. Ich würde mich über eine solche Entscheidung außerordentlich freuen - und ich gehe davon aus, dass das auch für Sie alle - meine Damen und Herren - gilt.

Ich möchte Sie alle aber auch dazu ermutigen, Ihre Anstrengungen für unsere Freunde in den neuen Demokratien fortzusetzen.

Ihnen heute mit Rat und Tat zu helfen, wird morgen nicht zu unserem Schaden sein.

Nun gibt es Städteplaner und Soziologen, die vom angeblichen "Verschwinden der Europäischen Stadt" in der Zukunft sprechen. Ich meine: Das wird nicht der Fall sein - im Gegenteil: Unsere europäischen Städte lassen ihre Einwohner weder in grauen Betonwüsten allein - noch in menschenunwürdigen Slums.

Die Lösung von Problemen kann daher auch nicht in der Demontage des sozialen Netzes liegen.

Was wir anstreben, ist die souveräne Gemeinschaft freier Bürger in der "Polis", die miteinander kommunizieren und deren Kultur- und Freizeitangebot durch Vielfalt und Lebensfreude gekennzeichnet ist. Erst die - auch historisch - an den Bedürfnissen der Menschen orientierte europäische Stadt - sichert Freiheit wie Autonomie; und schafft Wohlstand wie Eigentum.

Meine Damen und Herren!

Ich habe nicht vor, mit diesen Bemerkungen das große Arbeitsprogramm dieses Städtetags auszuweiten. Aber ich möchte Sie herzlich bitten, immer daran zu denken, dass sich zukunftsorientierte Politik zwar auf das Dringliche konzentrieren muss - dass wir aber die große Vision, den weiten Horizont nicht aus dem Auge verlieren dürfen.

Wer immer politisch aktiv ist, fällt Entscheidungen, die nicht nur die unmittelbar Betroffenen und die Zeitgenossen angehen; sondern auch für unsere Kinder und Enkelkinder von Bedeutung sind. Das muss uns allen immer wieder bewusst sein.

So danke ich Ihnen - meine Damen und Herren - für die gute Zusammenarbeit; Sie haben mir auf den Städtetagen stets einen freundlichen Empfang bereitet.

Und ich danke auch für das Vertrauen, das mir so viele Mitbürger über Jahre hinweg bewiesen haben.

Ich habe mich ehrlich bemüht, mein Bestes zu tun - und wünsche Ihnen allen viel Erfolg für die Zukunft: Für unsere Städte und Gemeinden - für die Menschen unseres Landes!

~

Rückfragehinweis:

Österreichische Präsidentschaftskanzlei  
Presse und Informationsdienst  
Tel.: (++43-1) 53422 230

~

\*\*\* OTS-ORIGINALTEXT UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS \*\*\*

~

OTS0272 2004-05-26/15:14

~

261514 Mai 04

---

OTS0222 5 II 1238 BPK001

Mi, 26.Mai 2004

*Innenpolitik/Klestil*

**Rede von Bundespräsident Klestil anlässlich des 54. Städtetages in Bregenz am 26.5.2003 =**

Wien (OTS) - Achtung: Sperrfrist 26. Mai 2004, 15.30 Uhr Es gilt das gesprochene Wort!

Herr Präsident des Städtetages!

Herr Landeshauptmann, meine Damen und Herren Bürgermeister! Verehrte Festgäste!

In sechs Wochen werde ich gemäß unserer Bundesverfassung als Bundespräsident aus dem Amt scheiden und die Amtsgeschäfte meinem Nachfolger übergeben.

Nun hat sich vieles, sehr vieles in den zwölf Jahren meiner Amtszeit verändert: Österreich wurde Mitglied der Europäischen Union, unsere Nachbarn sind vollberechtigte Partner geworden. Der Kalte Krieg gehört definitiv der Vergangenheit an - aber die Welt ist leider nicht sicherer geworden und die Globalisierung der Märkte stellt Industriestaaten wie Österreich zusätzlich vor große Probleme. Dennoch hat unser Land seine wirtschaftliche Leistungsfähigkeit steigern und den Export ausweiten können. erwiesen. Eine Reform unserer Bundesverfassung ist in Andererseits haben sich Strukturprobleme als hartnäckig Diskussion - aber konkrete Änderungen - wie sie auch der Städtetag seit vielen Jahren fordert - stehen noch aus.

In all diesen Jahren habe ich elfmal die Städtetage besucht und ebenso oft die Gemeindetage. Denn es war mir immer ein Bedürfnis, vor allem vier Gesichtspunkte bewusst zu machen:

~

- Zum einen, dass die Städte und Gemeinden tragende Elemente des Föderalismus sind - zu dem ich mich stets vehement bekannt habe;
- zum zweiten, dass die Arbeit der Kommunalverwaltungen für unsere

~

moderne Zivilisation unverzichtbar ist: Und das nicht nur im Hinblick auf das Zusammenleben - sondern auch das Überleben.

- Sie - meine Damen und Herren - sind es auch, die für die Bürger am direktesten das demokratische Prinzip verkörpern - durch konkrete Überschaubarkeit, unmittelbaren Kontakt, persönliche Verantwortlichkeit. Je komplexer und abstrakter sonst die Probleme der großen politischen Einheiten sind, desto direkter erlebt der Bürger die Demokratie zu Hause - in den Gemeinden.

~

- Weiters war es mir immer ein Bedürfnis, Ihnen - den Mandataren in

den Stadt- und Gemeindeverwaltungen - "Danke" zu sagen.

- Sie sind es, die sich jahrein-jahraus mit den angeblich kleinen

~

Sorgen der Bürger "vor der Haustüre" auseinandersetzen müssen - aber dadurch sind Sie auch die wichtigste politische Instanz der Hilfe vor Ort.

- Und schließlich sind die Kommunen auch die Schulen der Demokratie: Erst wenn sich Jungpolitiker in der Gemeindepolitik bewährt haben, sollten sie für die Landes- oder Bundespolitik reif sein; man würde sich so manche personalpolitische Enttäuschung ersparen!

Meine Damen und Herren!

Ich habe von den hinter uns liegenden Jahren gesprochen. Und ich meine, dass man - aus meiner Sicht - eine sehr positive Bilanz ziehen kann, was die Entwicklung unserer Städte betrifft. Denn sie sind - summa summarum - mit den anstehenden Problemen der letzten Jahre gut zurecht gekommen. Der Prozeß der Urbanisierung ist in Österreich kontrolliert weitergegangen - und die Lebensqualität unserer Städte hat sich verbessert.

Die Wohnbauleistung hat eine erhöhte Wohnqualität bewirkt; und die Infrastruktur hat sich trotz rapider Verkehrszunahme generell verbessert. Was die Entsorgung betrifft, können wir auf technologisch ausgereifte Systeme zurückgreifen, um die uns viele beneiden. Und das kommunale Schul- und Spitalswesen Österreichs gehört zu den besten der Welt, wie Untersuchungen ergeben haben - aller Selbstkritik zum Trotz.

Ich sage das nun nicht mit der Absicht, um schönzufärben; denn ich weiß sehr wohl, in welcher prekären Situation sich die Finanzen einiger unserer Städte befinden. Und ich habe auch Verständnis für die Kernanliegen, die der Städtebund an den Verfassungskonvent heranträgt: Nämlich abgesicherte Kompetenzen dafür zu erhalten, wofür man auch verantwortlich ist. Und es ist richtig: Dienstleistungen, die unsere Städte erbringen, können nicht dem freien Spiel des Marktes überlassen werden. Daseinsvorsorge ist eine öffentliche Aufgabe - weil die zentralen Anliegen des Bürgers nicht dem Gesetz von Angebot und Nachfrage unterworfen werden sollen!

Alles das sind Probleme, die mit gutem Willen langfristig zu lösen sind; und die klein sind im Vergleich zu den Riesensorgen, die die Städte in unserer Nachbarschaft haben.

Der Kommunismus hat durch Ideologisierung und Bürokratisierung ja überwiegend völlig kaputte Strukturen hinterlassen. Und es wird noch viel Zeit und Geld nötig sein, die großartigen Stadtlandschaften an der Donau, der Moldau, der Save zu sanieren. Umso mehr freue ich mich, dass der Österreichische Städtebund seit nunmehr 15 Jahren Erfahrungen zur Verfügung stellt - nicht besserwisserisch, sondern partnerschaftlich.

Wenn ich lese, dass rund eintausend gemeinsame Projekte durchgeführt wurden und rund 3.000 Kommunalpolitiker aus den Reformstaaten - sowie nicht weniger als 18.000 Experten - von den Städtebund-Angeboten Gebrauch gemacht haben, dann danke ich Ihnen im Namen der Republik - und im eigenen Namen - für diese außergewöhnliche Solidarität! Und ich bin sicher, dass Ihre Bemühungen auch bei unseren Nachbarn dankbare Anerkennung gefunden haben.

Meine Damen und Herren!

Ich habe mich persönlich in den letzten Jahren stark für eine mittel- und osteuropäische Zusammenarbeit engagiert. Und ich werde auch in wenigen Stunden zu meinem letzten Gipfeltreffen nach Rumänien aufbrechen, an dem 17 Staatspräsidenten teilnehmen. Daher bitte ich Sie auch um Ihr Verständnis, dass ich diesen Städtetag verfrüht verlassen muss.

Das neue Europa ist heute eine Friedens-, eine Schicksalsgemeinschaft von Staaten, Regionen - und Städten. Und so ist es auch von Bedeutung, dass der "Rat der Gemeinden und Regionen Europas", dessen Vorsitzender derzeit Valerie Giscard d'Estaing ist, immer mehr an Bedeutung innerhalb der EU gewinnt. Ich freue mich, dass aber dort - und weit über unsere Grenzen hinaus - die Arbeit des Österreichischen Städtebundes unter Präsident Michael Häupl besondere Würdigung erfährt.

Und es sollte uns nicht erstaunen, wenn viele in Europa in der Person des Wiener Bürgermeisters einen neuen Präsidenten des "Rates der Gemeinden und Regionen" sehen. Ich würde mich über eine solche Entscheidung außerordentlich freuen - und ich gehe davon aus, dass das auch für Sie alle - meine Damen und Herren - gilt. Ich möchte Sie alle aber auch dazu ermutigen, Ihre Anstrengungen für unsere Freunde in den neuen Demokratien fortzusetzen. Ihnen heute mit Rat und Tat zu helfen, wird morgen nicht zu unserem Schaden sein.

Nun gibt es Städteplaner und Soziologen, die vom angeblichen "Verschwinden der Europäischen Stadt" in der Zukunft sprechen. Ich meine: Das wird nicht der Fall sein - im Gegenteil: Unsere europäischen Städte lassen ihre Einwohner weder in grauen Betonwüsten allein - noch in menschenunwürdigen Slums.

Die Lösung von Problemen kann daher auch nicht in der Demontage des sozialen Netzes liegen. Was wir anstreben, ist die souveräne Gemeinschaft freier Bürger in der "Polis", die miteinander kommunizieren und deren Kultur- und Freizeitangebot durch Vielfalt und Lebensfreude gekennzeichnet ist. Erst die - auch historisch - an den Bedürfnissen der Menschen orientierte europäische Stadt - sichert Freiheit wie Autonomie; und schafft Wohlstand wie Eigentum.

Meine Damen und Herren!

Ich habe nicht vor, mit diesen Bemerkungen das große Arbeitsprogramm dieses Städtetags auszuweiten. Aber ich möchte Sie herzlich bitten, immer daran zu denken, dass sich zukunftsorientierte Politik zwar auf das Dringliche konzentrieren muss - dass wir aber die große Vision, den weiten Horizont nicht aus dem Auge verlieren dürfen.

Wer immer politisch aktiv ist, fällt Entscheidungen, die nicht nur die unmittelbar Betroffenen und die Zeitgenossen angehen; sondern auch für unsere Kinder und Enkelkinder von Bedeutung sind. Das muss uns allen immer wieder bewusst sein.

So danke ich Ihnen - meine Damen und Herren - für die gute Zusammenarbeit; Sie haben mir auf den Städtetagen stets einen freundlichen Empfang bereitet.

Und ich danke auch für das Vertrauen, das mir so viele Mitbürger über Jahre hinweg bewiesen haben. Ich habe mich ehrlich bemüht, mein Bestes zu tun - und wünsche Ihnen allen viel Erfolg für die Zukunft: Für unsere Städte und Gemeinden - für die Menschen unseres Landes!

~

Rückfragehinweis:

Österreichische Präsidentschaftskanzlei  
Presse und Informationsdienst  
Tel.: (++43-1) 53422 230

~

\*\*\* OTS-ORIGINALTEXT UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS \*\*\*

~

OTS0222 2004-05-26/13:31

~

261331 Mai 04